

Langfristig Arbeitsplätze sichern und Klimaziele erreichen: Verbände fordern konjunkturpolitische Maßnahmen im Gebäudebereich

Der Bausektor ist mit ca. 2 Mio. Beschäftigten und einem jährlichen Bauvolumen von 400 Mrd. Euro einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Deutschlands. Ihm kommt damit eine zentrale Rolle für nachhaltige Investitionen in die regionale Wertschöpfung zu, die gleichzeitig zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Um das große ökologische und ökonomische Potenzial des Gebäudesektors voll auszuschöpfen, fordern Verbände aus Baustoffindustrie und Handwerk die Politik auf, bei Maßnahmen eines neuen „Konjunkturpakets III“ auch die deutschen und europäischen Klimaschutzziele im Blick zu haben.

Berlin, 28.05.2020. Vor dem Hintergrund drastisch einbrechender Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen sowie ungewisser wirtschaftlicher Aussichten als Folge der Covid-19-Ausbreitung stellen zahlreiche Kommunen und private Bauherren ihre Investitionen zurück. Damit es mittelfristig zu keinen Investitionsengpässen im Baubereich bei privaten und öffentlichen Gebäuden kommt, bedarf es zusätzlicher Anreize, um die energetische Modernisierung des Gebäudebestandes voranzutreiben. Das gilt gleichermaßen für die Initialisierung von Maßnahmen im Neu- und Ersatzbau wie auch für Aufstockungen und Dachausbauten, mit denen zusätzlicher moderner und energieeffizienter Wohnraum geschaffen wird.

Um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern und wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad einzuschwenken, fordert ein Bündnis aus Vertretern von Baustoffindustrie und Handwerk Bund und Länder auf, bei einem neuen Konjunkturpaket verschiedene Maßnahmen im Gebäudebereich anzugehen. Dazu gehören u.a. Erleichterungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, die Beseitigung steuerlicher Hemmnisse für Eigentümer von Wohn- und Nichtwohngebäuden, um diese stärker für energetische Modernisierungen zu motivieren, und die Verbesserung bereits bestehender Förderprogramme sowohl von selbstgenutztem als auch nicht selbstgenutztem Wohneigentum.

Die energetische Modernisierung des Gebäudebestandes – dazu zählen neben den baulichen Maßnahmen an der Gebäudehülle auch Aufstockungen, Dachausbauten und der Ersatzneubau – bietet durch dauerhafte Energie- und CO₂-Einsparungen sowie die Sicherung und den Aufbau von Beschäftigung doppelten Nutzen: Gelingt es, die für einen klimaneutralen Gebäudebestand notwendige Verdopplung der jährlichen Modernisierungsrate umzusetzen, können allein im Bereich der Gebäudehülle 280.000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Das Bündnis zur Umsetzung konjunkturpolitischer Maßnahmen im Gebäudebereich besteht aus diesen 15 Verbänden der Baustoffindustrie und des Handwerks:

Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V. (bbs); Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V. (BDB); Bundesverband energieeffiziente Gebäudehülle e.V. (BuVEG); Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz; Fachverband der Stuckateure für Ausbau und Fassade Baden-Württemberg (SAF); Fachverband Einblasdämmung e.V. (FVED); Fachverband Innendämmung e.V. (FVID); Fachvereinigung Extruderschaum e.V. (FPX); FMI Fachverband Mineralwolleindustrie e.V. (FMI); Gebäudeenergieberater Ingenieure Handwerker – Bundesverband e.V. (GIH); Industrieverband Hartschaum e.V. (IVH); IVPU Industrieverband Polyurethan-Hartschaum e.V. (IVPU); Verband Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen e.V. (VDNR); Verband für Dämmsysteme, Putz und Mörtel e.V. (VDPM); Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks – Fachverband Dach-, Wand- und Abdichtungstechnik e.V. (ZVDH)

Weitere Informationen:

Das Impulspapier sowie die geforderten Maßnahmen entnehmen Sie bitte der Anlage.

Pressekontakt

FMI Fachverband Mineralwolleindustrie e.V.

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

E-Mail: presse@fmi-mineralwolle.de

Tel.: 030 27594452